



2. Sommer-Newsletter 2020

Fahrplan der GroKo für Krisenbewältigung

Die Koalition hat bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der SARS-CoV2-Pandemie in Deutschland möglichst deutlich zu begrenzen. Da die Pandemie andauert, aber die Herausforderungen sich dennoch auch ändern, sollen in den kommenden Wochen wichtige befristete Corona-bedingte Maßnahmen geändert bzw. verlängert werden. Dazu gehört u.a. die Ausdehnung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes bis Ende 2021. Auch die Laufzeit des Überbrückungshilfen-Programms für kleine und mittelständische Betriebe wird bis zum 31.12.2020 verlängert. Kommt es zu Schul- bzw. Kitaschließungen werden die Kinder weiterhin bis 31.12.2020 mit Mittagessen im Rahmen des Bildungspakets versorgt. Mit dem Sozialdienstleister-Einsatzgesetz werden die Sozialen Dienstleister in ihrem Bestand gesichert. Auch diese Regelung wird bis zum 31.12.2020 verlängert. Darüber hinaus soll ein auf 2020 und 2021

fristetes Förderprogramm in Höhe von 500 Mio. Euro zur Corona-gerechten Umrüstung von Klimaanlagen in öffentlichen Gebäuden und Versammlungsstätten finanziert werden. Bei bisherigen Ausbruchsgeschehen ist wiederholt ein begünstigender Faktor gewesen, dass Klimaanlagen durch nicht ausreichend gefilterte Umluftrückführung in geschlossenen Räumen zum Infektionsgeschehen erheblich und auch über größere Entfernungen beigetragen haben.

Wahlrecht soll reformiert werden

Schließlich haben sich die Koalitionsfraktionen nach wochenlangem Ringen auf einen gemeinsamen Vorschlag für eine Wahlrechtsreform geeinigt. Der Koalitionsausschuss einigte sich auf ein Modell, dass die Gesamtzahl der Wahlkreise mit Blick auf die kommende Bundestagswahl 2021 zunächst belässt. Um die Größe des Deutschen Bundestags dauerhaft zu reduzieren, wird der Zuteilungsschnitt so modifiziert, dass er eine teilweise Verrechnung von Überhang- mit Listenmandaten der gleichen Partei und zugleich eine föderal ausgewogene Verteilung der Mandate ermöglicht. Außerdem bleiben bei Überschreiten der Regelgröße von 598 Mandaten bis zu drei Überhangmandate unausgeglichen. Zur Bundestagswahl 2025 wird dann die Zahl der Wahlkreise von 299 auf 280 reduziert. Um weitere Vorschläge zu entwickeln, wird zudem noch in dieser Legislaturperiode eine Kommission eingesetzt. Sie wird sich unter anderem mit Fragen des Wahlalters und der Dauer der Legislaturperiode beschäftigen.



Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258033
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Schlachtung mit Achtung

Das Prinzip „Schlachtung mit Achtung“ - eine Methode, die Schlachttieren einen qualvollen Tod erspart und somit beispielhaft für fairen Fleischgenuss für Mensch und Tier ist - haben sich **Armin Schuster** und Bundestagskollegin **Silvia Breher** aus Cloppenburg in Kandern erklären lassen.



Biosphärengebiet Schwarzwald

Auf dem Hof von **Manfred Knobel** in Aitern führte **Armin Schuster** gemeinsam mit der stellvertretenden CDU-Vorsitzenden **Silvia Breher** MdB und CDU-Landtagskandidaten **Christof Nitz** ein Gespräch über die Herausforderungen der Höhenlandwirtschaft.



Treffen mit Gewerbeverband Reiseunternehmer

Landtagsabgeordneter **Patrick Rapp** und **Armin Schuster** (beide CDU) kamen mit Breisgauer Vertretern des Gewerbeverbandes der Reiseunternehmer in Hartheim zusammen, um mehr über die Lage der Reisebranche im Südschwarzwald zu erfahren.



Gesundheitspolitik und Zentralklinikum Lörrach

Das Zukunftsprojekt Zentralklinikum Lörrach war das bestimmende Thema beim Gespräch zwischen der gesundheitspolitischen Sprecherin der Unionsfraktion im Bundestag, **Karin Maag** MdB, **Armin Schuster** MdB, **Landrätin Marion Dammann**, **Paul Renz** (CDU-Kreistagsfraktion) und **Dr. Hoch** von der Klinikleitung.



Treffen mit **Karin Maag** und AKIK - Aktionskomitee Kind im Krankenhaus - **Monika** und **Hans Peter Werner** vom Landesverband Baden-Württemberg und **Dr. Sabrina Oppermann**, AKIK-Bundesvorsitzende.



Erstes Treffen zwischen dem neuen Leiter der Bundespolizeidirektion Stuttgart **Dr. Markus Ritter** und CDU-Innenexperte **Armin Schuster**.

